Deutscher Bundestag **Drucksache 17/9117**

17. Wahlperiode 26. 03. 2012

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Yvonne Ploetz, Matthias W. Birkwald, Diana Golze, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/8928 –

Altersarmut von Frauen und die Pläne der Bundesregierung

Vorbemerkung der Fragesteller

Frauen sind aufgrund diskontinuierlicher Erwerbsbiografien bedingt durch Zeiten der familiären Sorgearbeit, von Teilzeitarbeit und geringfügiger Beschäftigung sowie Niedriglöhnen in besonderem Maße von unzureichender sozialer Absicherung und Armut im Alter betroffen. Sie verfügen in wesentlich geringerem Maße über zusätzliche Vorsorge im Rahmen privater oder betrieblicher Alterssicherung als Männer und ihre Anwartschaften daraus sind häufig gering. Sie sind daher im Alter in hohem Maße abhängig von der meist über den Partner abgeleiteten Sicherung. Diese kann wegen zunehmender Scheidungsraten und sinkender Rentenansprüche der Männer die Funktion der Absicherung von Frauen im Alter jedoch immer weniger erfüllen.

Zwar nimmt die Erwerbsbeteiligung von Frauen immer mehr zu. Sie findet jedoch häufig in Form von (geringer) Teilzeit, sozialversicherungsfreier geringfügiger Beschäftigung und/oder von Niedriglohnjobs statt, so dass aus ihr ebenfalls in den meisten Fällen keine ausreichenden Ansprüche auf eine existenzsichernde eigenständige Alterssicherung entstehen können.

Die Bundesregierung plant in den kommenden Monaten rentenrechtliche Reformen umzusetzen, die „Bedürftigkeitsrisiken wirksam entgegen wirken“ (Bundesministerium für Arbeit und Soziales – BMAS: Regierungsdialog Rente, Informationen für die Presse, S. 2). Die bisher bekannt gewordenen Vorhaben wie die Zuschuss- und Kombirente sind jedoch nicht geeignet, dem Problem der Altersarmut und unzureichenden Absicherung von Frauen für das Alter in adäquater und ausreichender Weise zu begegnen. Denn von der Zuschussrente werden aufgrund der restriktiven Anspruchsbedingungen nur sehr wenige Frauen profitieren, während die Kombirente nichts an den geringen Rentenanwartschaften von Frauen ändert und lediglich in einer Übergangsphase vom Erwerbsleben in die Rente die Kombination niedriger Rentenansprüche mit (zumeist ebenfalls) niedrigen Löhnen ermöglicht. Die darüber hinaus anvisierten rentenrechtlichen Änderungen sind ebenfalls nicht geeignet, das Problem im Kern zu lösen.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 22. März 2012 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

1. Wie hoch ist der durchschnittliche Rentenzahlbetrag von Frauen bei der Altersrente im Rentenzugang sowie im Rentenbestand, und wie hat sich dieser seit 2001 entwickelt (zum Vergleich die Werte bitte auch für Männer sowie insgesamt und aufgeschlüsselt nach Ost und West angeben)?

Die durchschnittlichen Rentenzahlbeträge im Rentenbestand zum 31. Dezember sind für die Jahre 2001 bis 2010 differenziert nach Geschlecht und Gebietsstand in der nachstehenden Tabelle dargestellt. Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 6 der Großen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. „Rente erst ab 67 – Risiken für Jung und Alt“ (Bundestagsdrucksache 17/7966) verwiesen.

Durchschnittlicher Rentenzahlbetrag im Rentenbestand
- Altersrenten -

Jahr	Frauen West	Frauen Ost	Frauen Deutschland	Männer West	Männer Ost	Männer Deutschland
	in Euro monatlich					
2001	456	635	496	983	1.061	998
2002	466	654	508	998	1.086	1.015
2003	470	665	514	1.001	1.090	1.018
2004	467	663	511	988	1.072	1.003
2005	465	663	509	976	1.056	991
2006	465	666	509	969	1.050	984
2007	468	669	511	967	1.043	981
2008	473	676	516	970	1.044	984
2009	487	702	533	990	1.069	1.005
2010	490	705	535	985	1.060	999

2. Wie hoch ist jeweils der Anteil von Frauen, der eine Altersrente bzw. eine Erwerbsminderungsrente unterhalb des Niveaus der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung bezieht (insgesamt sowie aufgeschlüsselt nach Ost und West)?

   Wie hat sich dieser seit Einführung dieser Leistung im Jahr 2003 entwickelt?

Der durchschnittliche Bruttobedarf von Leistungsberechtigten außerhalb von Einrichtungen in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zum 31. Dezember 2010 beträgt 668 Euro monatlich. Im Übrigen wird hierzu auf die Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Hans-Joachim Fuchtel vom 7. September 2011 auf die Schriftliche Frage 114 des Abgeordneten Klaus Ernst (Bundestagsdrucksache 17/6954) verwiesen.

Angaben zur Anzahl der Renten differenziert nach Zahlbetrag liegen in den Statistiken der Deutschen Rentenversicherung nur nach Zahlbetragsklassen in 50-Euro-Schritten vor. Die erfragten Anteile an allen Renten an Frauen sind für Renten im Rentenbestand zum 31. Dezember bis zur letzten Zahlbetragsklasse unterhalb und für Renten bis zur ersten Zahlbetragsklasse oberhalb des durchschnittlichen Bruttobedarfs in der nachstehenden Tabelle dargestellt.

Anteil der Versichertenrenten im Rentenbestand an Frauen mit Zahlbetrag im Bereich des durchschnittlichen Bruttobedarfs in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

	Renten wegen Alters			Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit		
	West	Ost	Deutschland	West	Ost	Deutschland
	in Prozent					
2003						
Zahlbetrag bis unter 550 Euro monatlich	62,6	27,6	54,8	31,2	17,2	27,1
Zahlbetrag bis unter 600 Euro monatlich	67,5	36,3	60,6	38,3	25,1	34,4
2004						
Zahlbetrag bis unter 550 Euro monatlich	63,0	27,7	55,2	31,2	17,4	27,4
Zahlbetrag bis unter 600 Euro monatlich	68,0	36,8	61,1	38,5	25,7	34,9
2005						
Zahlbetrag bis unter 600 Euro monatlich	68,3	37,0	61,4	38,8	27,0	35,6
Zahlbetrag bis unter 650 Euro monatlich	73,1	48,4	67,7	47,4	45,2	46,8
2006						
Zahlbetrag bis unter 600 Euro monatlich	68,4	36,4	61,4	38,7	27,3	35,7
Zahlbetrag bis unter 650 Euro monatlich	73,1	47,8	67,6	47,5	45,1	46,8
2007						
Zahlbetrag bis unter 600 Euro monatlich	68,1	36,0	61,2	38,7	28,0	36,0
Zahlbetrag bis unter 650 Euro monatlich	72,9	47,4	67,4	47,4	45,3	46,9
2008						
Zahlbetrag bis unter 600 Euro monatlich	67,5	34,9	60,6	38,1	26,1	35,2
Zahlbetrag bis unter 650 Euro monatlich	72,3	45,9	66,6	46,7	42,5	45,7
2009						
Zahlbetrag bis unter 650 Euro monatlich	70,5	40,7	64,1	44,1	37,7	42,5
Zahlbetrag bis unter 700 Euro monatlich	74,9	52,2	70,1	53,3	54,0	53,5
2010						
Zahlbetrag bis unter 650 Euro monatlich	70,2	40,5	63,9	44,7	38,8	43,3
Zahlbetrag bis unter 700 Euro monatlich	74,7	51,9	69,9	53,9	54,3	54,0

Die dargestellten Anteile sind zur Beurteilung der Einkommenssituation von Rentnerinnen und Rentnern ungeeignet. Viele Altersrenten sind aufgrund von kurzen versicherungspflichtigen Beschäftigungszeiten (beispielsweise von Frauen, die später Beamtinnen geworden sind oder eine selbstständige Tätigkeit aufgenommen haben) gering, was zu vergleichsweise geringen Durchschnittsrenten und entsprechend vergleichsweise hohen Anteilen an Renten unterhalb des Bruttobedarfs in der Grundsicherung führt. In den Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit sind auch die Renten wegen teilweiser Erwerbsminderung enthalten, was ebenfalls zu geringeren Durchschnittsrenten und vergleichsweise hohen Anteilen an Renten unterhalb des Grundsicherungsniveaus beiträgt.

Ein Vergleich der Rentenhöhe mit dem durchschnittlichen Bruttobedarf in der Grundsicherung ist zur Beurteilung der konkreten Einkommenssituation von Rentnerinnen und Rentnern darüber hinaus nicht aussagekräftig, denn es werden weder weitere Alterseinkommen noch der Kontext des Gesamthaushalts berücksichtigt. Geringe Renten sind kein Indiz für geringe Gesamteinkommen im Alter. Die Nettogesamteinkommen von Rentnerhaushalten liegen deutlich über den durchschnittlichen Renten. Alleinstehende Männer verfügen im Alter

im Durchschnitt über rund 1 451 Euro monatlich, bei alleinstehenden Frauen sind es rund 1 188 Euro. Rentnerehepaaren steht durchschnittlich ein Nettogesamteinkommen von rund 2 248 Euro im Monat zu Verfügung (Quelle: Studie „Alterssicherung in Deutschland", 2007). Tatsächlich liegt der Anteil der Bevölkerung im Alter ab 65 Jahren, der Leistungen der Grundsicherung bezieht, nur bei knapp 2,5 Prozent. Rund 16,4 Millionen Menschen in dieser Altersgruppe – das sind rund 97,5 Prozent – sind nicht bedürftig. Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 2 der Großen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. „Rente erst ab 67 – Risiken für Jung und Alt" (Bundestagsdrucksache 17/7966) sowie auf die Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Hans-Joachim Fuchtel vom 16. September 2011 auf die Schriftliche Frage 33 des Abgeordneten Klaus Ernst (Bundestagsdrucksache 17/7084) verwiesen.

3. Wie hoch ist der Gender Pension Gap in Deutschland (insgesamt sowie aufgeschlüsselt nach Ost und West), und auf welche Einflussfaktoren ist er nach Ansicht der Bundesregierung maßgeblich zurückzuführen?

Es gibt keine amtliche Definition für einen sogenannten Gender Pension Gap. Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wurde jedoch eine Studie erstellt, die den Unterschied beim Alterssicherungseinkommen zwischen Männern und Frauen untersucht hat. Diese Studie zeigt die Lücke zwischen dem eigenen Alterssicherungseinkommen der Frauen gegenüber dem der Männer auf und bezeichnet ihn als „Gender Pension Gap". Danach erhielten Frauen 2007 in Deutschland im Schnitt um 59,6 Prozent geringere eigene Alterssicherungsleistungen als Männer. In Westdeutschland betrug dieser Wert 63,8 Prozent und in Ostdeutschland 36,7 Prozent. Dabei hat sich der Unterschied seit 1992 deutlich um 10 Prozentpunkte verringert, weil die eigenen Alterssicherungseinkommen der Frauen relativ stärker gestiegen sind.

Die Verfasser führen diesen Unterschied vor allem auf ungleiche Chancen zur Erwerbsarbeit und strukturelle Nachteile beim beruflichen Wiedereinstieg nach einer familienbedingten Erwerbsunterbrechung zurück. Weiterhin wird angenommen, dass die langfristigen Einkommensrisiken der Kombination von Familie und Beruf, die mit dem (weitgehenden) Verzicht auf eine existenzsichernde Erwerbstätigkeit von Müttern einhergeht, einseitig zulasten der Einkommensperspektiven der Frauen gehen.

Rückschlüsse auf die Wohlstandsposition von Frauen im Alter oder die Gefahr von Altersarmut lassen sich aus diesen Ergebnissen aber nicht ziehen, da weder abgeleitete Ansprüche noch der Haushaltskontext bei den Berechnungen berücksichtigt wurde.

4. Wie viele Versicherungsjahre (alle rentenrechtlich relevanten Zeiten) und wie viele Pflichtbeitragsjahre weisen Frauen (im Vergleich zu Männern, insgesamt und aufgeschlüsselt nach Ost und West) durchschnittlich auf?

Angaben zur durchschnittlichen Anzahl an rentenrechtlichen Zeiten, die mit Pflichtbeiträgen belegt sind, liegen in den Rentenbestandsstatistiken der Deutschen Rentenversicherung nicht vor. Im Übrigen wird auf Teil A, Nr. 3.1 des Rentenversicherungsberichts der Bundesregierung aus dem Jahr 2011 (Bundestagsdrucksache 17/7770) verwiesen.

5. Wie hat sich die Erwerbsbeteiligung von Frauen in den vergangenen zehn Jahren entwickelt, wie verteilen sich die Anteile erwerbstätiger Frauen auf folgende Beschäftigungsformen: Vollzeit, Teilzeit, geringfügige Beschäftigung (insgesamt sowie im Haupt- und Nebenerwerb), Niedriglohnbeschäftigung, und wie haben sich die jeweiligen Anteile von Frauen an diesen Beschäftigungsformen in den vergangenen zehn Jahren entwickelt (bitte nach Ost und West aufschlüsseln)?

Zu den Erwerbstätigen zählen neben den sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigten u. a. auch Selbstständige und Beamte. Während die Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) detailliert über die beiden erstgenannten Gruppen Auskunft geben kann, werden Daten zu allen Erwerbstätigen vom Statistischen Bundesamt im Rahmen des Mikrozensus erhoben. Der Mikrozensus ist eine Stichprobenbefragung, deren Ergebnisse jeweils als Jahresdurchschnittswerte verfügbar sind. Allerdings ist seine Aussagekraft hinsichtlich der geringfügig Beschäftigten, insbesondere denen im Nebenjob, begrenzt. Daher wird zur Beantwortung der Frage auf beide Datenquellen zurückgegriffen. Ein direkter Vergleich ist jedoch aufgrund des unterschiedlichen Erhebungsdesigns nicht möglich. So kann beispielsweise nicht der Anteil der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (Beschäftigungsstatistik) an allen Erwerbstätigen (Mikrozensus) berechnet werden.

Die Erwerbstätigenquote der Frauen, d. h. der Anteil der erwerbstätigen Frauen an der weiblichen Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren, lag nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2010 bei 66,0 Prozent. Die Erwerbstätigenquote der Frauen stieg vom Jahr 2001 bis 2010 um 7,2 Prozentpunkte und somit stärker als die Erwerbstätigenquote insgesamt, die sich im gleichen Zeitraum um 5,2 Prozentpunkte auf 71,0 Prozent erhöhte. In Westdeutschland lag die Erwerbstätigenquote der Frauen im Jahr 2010 bei 65,5 Prozent (+6,5 Prozentpunkte gegenüber dem Jahr 2001). In Ostdeutschland lag die Erwerbstätigenquote der Frauen im Jahr 2010 bei 68,2 Prozent (+10,3 Prozentpunkte gegenüber dem Jahr 2001).

Zum Stichtag 30. Juni 2011 gab es nach Angaben der BA in Deutschland rund 33 276 000 sozialversicherungspflichtige und ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte. Von ihnen waren 68,2 Prozent in Vollzeit versicherungspflichtig beschäftigt, 17,0 Prozent in Teilzeit versicherungspflichtig beschäftigt und 14,7 Prozent ausschließlich geringfügig entlohnt beschäftigt. Von den insgesamt rund 28 381 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gingen etwa 2 493 000 einem geringfügig entlohnten Nebenjob nach; das entspricht 8,8 Prozent.

Von den rund 16 252 000 weiblichen sozialversicherungspflichtig und ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten waren 51,3 Prozent in Vollzeit versicherungspflichtig beschäftigt, 28,8 Prozent in Teilzeit versicherungspflichtig beschäftigt und 19,9 Prozent ausschließlich geringfügig entlohnt beschäftigt. Von den insgesamt rund 13 026 000 weiblichen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gingen 10,9 Prozent einem geringfügig entlohnten Nebenjob nach.

Der Anteil der Frauen an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten lag am 30. Juni 2011 bei 45,9 Prozent. Verglichen mit dem Stichtag 30. Juni 2001 hat die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt um 564 000 oder 2,0 Prozent zugenommen, wobei für Frauen ein Plus von 653 000 oder 5,3 Prozent und für Männer ein Minus von 89 000 oder 0,6 Prozent ausgewiesen wird. Entsprechend gab es 2001 unter allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit 44,5 Prozent einen geringeren Frauenanteil als aktuell. Das Plus beim Vergleich der Anzahl der weiblichen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im gesamten Zeitraum zwischen 2001 und 2011 ist durch einen Anstieg bei Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen (+1 171 000 oder +33,4 Pro-

zent) bestimmt. In den letzten Jahren ist jedoch auch die Zahl der in Vollzeit sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen wieder gestiegen (+3,1 Prozent gegenüber 30. Juni 2007).

Weitere Ergebnisse zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung differenziert nach Geschlecht, Arbeitszeit und Arbeitsort sowie Ergebnisse zur geringfügig entlohnten Beschäftigung differenziert nach Geschlecht, Arbeitsort und Art des Minijobs können den Tabellen 1.1 und 1.2 der Anlage entnommen werden. Es ist zu beachten, dass Daten zu geringfügig entlohnt Beschäftigten im Nebenjob erst ab 2003 vorliegen.

Grundlage für die Beantwortung der Frage zu Niedriglohnbeschäftigten ist die Entgeltstatistik der BA. Auswertungen liegen derzeit bis 2010 vor. Das im Rahmen der Entgeltstatistik abgebildete sozialversicherungspflichtige Bruttoarbeitsentgelt (kurz Arbeitsentgelt) umfasst alle laufenden oder einmaligen Einnahmen aus der Hauptbeschäftigung bis zur sogenannten Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung. Auswertungen zu den Entgelten werden jeweils nur für Beschäftigte am 31. Dezember eines Jahres durchgeführt. Die Angaben über das sozialversicherungspflichtige Bruttoarbeitsentgelt beziehen sich immer auf einen spezifischen Beschäftigungszeitraum, der das gesamte Kalenderjahr, im Extremfall aber auch nur einen Tag umfassen kann. Um vergleichbare Angaben zu erhalten, werden die Entgeltangaben deshalb auf einen einheitlichen Zeitraum normiert. Ergebnisse zu den Bruttomonatsentgelten liegen klassiert in 100-Euro-Schritten vor. Aus den klassierten Daten kann approximativ der Median ermittelt werden. Der Median teilt eine nach der Höhe der Entgelte sortierte Häufigkeitsverteilung in zwei gleich große Teile und steht damit in der Mitte der Verteilung.

Weitere methodische Erläuterungen sind in dem Bericht der Statistik der BA „Beschäftigungsstatistik: Sozialversicherungspflichtige Bruttoarbeitsentgelte“ vom November 2010 zu finden (siehe unter http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Statistische-Analysen/Statistische-Sonderberichte/Generische-Publikationen/Entgeltstatistik.pdf).

Um den unteren Lohnbereich abzugrenzen, muss zunächst definiert werden, wer als geringverdienend zählt. In Anlehnung an die Definition der OECD gilt hier als geringverdienend, wer als sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigter (ohne Auszubildende) weniger als zwei Drittel des Medianentgelts aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) erzielt. Die Einschränkung auf Vollzeitbeschäftigte erfolgt deshalb, weil in der Beschäftigungsstatistik nur Angaben zu Bruttomonatsentgelten und keine Angaben zu Stundenlöhnen vorliegen. Durch die Beschränkung werden somit Vergleiche zwischen verschiedenen Stichtagen in ihrer Aussagekraft nicht durch unterschiedliche Anteile von Teilzeitbeschäftigten oder Auszubildenden beeinträchtigt. Die Niedriglohnschwelle ist eine statistische Kennziffer der Einkommensverteilung, die keine Aussagen über die Lebenssituation oder gar Bedürftigkeit zulässt, da weder sonstige Einkommen noch der Haushaltskontext berücksichtigt sind.

Für Deutschland berechnet sich so für 2010 eine Schwelle im unteren Lohnbereich von 1 802 Euro im Monat. 22,8 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten verdienten ein Einkommen, das unter dieser bundeseinheitlichen Schwelle lag, wobei – wie in den Tabellen 2.1 bis 2.3 der Anlage zu erkennen ist – für Frauen mit 34,3 Prozent ein überdurchschnittlicher Wert ausgewiesen wird.

Aufgrund des Lohngefälles sowie der unterschiedlichen Lebenshaltungskosten zwischen West- und Ostdeutschland ist es sinnvoll, den unteren Lohnbereich für beide Landesteile getrennt zu berechnen (siehe Tabellen 2.4 bis 2.5). Für Westdeutschland berechnet sich so für 2010 eine Schwelle im unteren Lohnbe-

reich von 1.890 Euro im Monat und für Ostdeutschland von 1 379 Euro im Monat. In Westdeutschland erzielen 20,8 Prozent (Frauen 34,4 Prozent) und in Ostdeutschland 21,1 Prozent (Frauen 28,3 Prozent) der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten Arbeitsentgelte unter der jeweiligen Lohnschwelle. Bezogen auf diese ostdeutsche bzw. westdeutsche Schwelle erhielten bundesweit insgesamt 20,9 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten ein Einkommen, das unter der jeweiligen Schwelle lag (Frauen 33,1 Prozent).

Weitere Ergebnisse zu Beschäftigten im unteren Lohnbereich differenziert nach Stichtag, Geschlecht und Arbeitsort können den zuvor genannten Tabellen entnommen werden.

6. Wie hat sich die Erwerbsbeteiligung von Frauen in Vollzeitäquivalenten in den vergangenen zehn Jahren entwickelt (bitte nach Ost und West aufschlüsseln)?

Eine Untergliederung der Vollzeitäquivalenten nach West- und Ostdeutschland ist nicht möglich. Bei einer Differenzierung nach Geschlecht stehen momentan nur Daten für beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (d. h. nicht für die Erwerbstätigen insgesamt) bis zum Jahr 2010 zur Verfügung.

Gemessen am vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) berechneten Vollzeitäquivalent für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (auf Basis der tatsächlichen Arbeitszeit) betrug der Frauenanteil für Beschäftigte zuletzt 44 Prozent, im Vergleich zu 42 Prozent im Jahr 2001.

Vollzeitäquivalente Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Basis tatsächliche Arbeitszeit)

Insgesamt (Männer und Frauen)	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Personen in 1000	29.447	29.075	28.556	28.236	28.009	28.067	28.587	29.096	28.942	28.985

Männer	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Personen in 1000	16.963	16.631	16.246	16.001	15.790	15.828	16.137	16.381	16.177	16.191

Frauen	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Personen in 1000	12.484	12.444	12.310	12.235	12.219	12.239	12.450	12.714	12.765	12.794

Quelle: IAB-Arbeitszeitrechnung

7. Wie bewertet die Bundesregierung den Trend der Abnahme weiblicher Vollzeitbeschäftigung (bei steigender Erwerbsbeteiligung) aus rentenpolitischer Sicht?

Die Akzeptanz für das deutsche Rentensystem lebt davon, dass in der gesetzlichen Rentenversicherung die Lasten zwischen Alt und Jung auch in Zukunft fair verteilt bleiben und bestehende Gerechtigkeitslücken im System geschlossen werden. Deswegen wird die Bundesregierung noch vor der Sommerpause ein Gesetzespaket auf den Weg bringen, damit sich Leistung, Einsatz und Vorsorge für mehr Menschen als bisher im Alter auszahlen.

8. Wie hoch ist der Anteil von Frauen, die unterhalb eines Stundenlohnes von 8,50 Euro, 10 Euro sowie auf Höhe der Niedriglohnschwelle arbeiten (auch im Vergleich zu Männern und aufgeschlüsselt nach Ost und West)?

Soweit der Bundesregierung Erkenntnisse zur Verbreitung und Entwicklung von niedrigen Stundenlöhnen aus der amtlichen Statistik vorliegen, wird auf die Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. „Fehlentwicklung auf dem Arbeitsmarkt und die Notwendigkeit eines gesetzlichen Mindestlohns“ (Bundestagsdrucksache 17/1502), die Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. „Entwicklung von Niedriglöhnen in den Regionen“ (Bundestagsdrucksache 17/5582) und die Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD „Entwicklung der geringfügigen Beschäftigung in Deutschland“ (Bundestagsdrucksache 17/6986) verwiesen.

Aktuell hat das Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) Forschungsergebnisse zur Niedriglohnbeschäftigung 2010 auf Basis des sozio-oekonomischen Panels (SOEP) veröffentlicht. Danach beziehen je nach Abgrenzung rund 21 bis 23 Prozent aller abhängig Beschäftigten in Deutschland einen Niedrigstundenlohn von weniger als zwei Drittel des mittleren Stundenlohns. Bei Frauen liegt der so definierte Niedriglohnanteil bei rund 28 bis 30 Prozent und bei Männern bei rund 15 bis 18 Prozent. Etwa 20 Prozent der Beschäftigten erhalten dabei einen Stundenlohn, der unterhalb von 8,50 Euro liegt. In Ostdeutschland ist dieser Anteil mit 34 Prozent höher als in Westdeutschland (17 Prozent) und bei Frauen (25 Prozent) höher als bei Männern (15 Prozent). Aussagen zu einer Stundenlohnschwelle von 10 Euro macht die Studie nicht.

9. Wie wirkt sich eine längerfristige Beschäftigung im Niedriglohnsektor auf die Rente aus, und welcher Bruttostundenlohn müsste gesetzlich als Mindestlohn vorgeschrieben und in der Praxis durchgesetzt werden, damit Frauen (und Männer) nach 45 Jahren Arbeit zu diesem Stundenlohn einen Rentenanspruch oberhalb des Grundsicherungsniveaus erwerben können?

Die Höhe der lohn- und beitragsbezogenen Rente ist grundsätzlich abhängig von der Anzahl der zurückgelegten Versicherungsjahre und von der Höhe der versicherten Entgelte. Ein höheres Entgelt und viele Versicherungsjahre führen zu höheren gesetzlichen Renten als ein geringes Entgelt und weniger Versicherungsjahre.

Im Übrigen wird auf die Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Hans-Joachim Fuchtel vom 11. Mai 2011 auf die Schriftliche Frage 40 des Abgeordneten Klaus Ernst (Bundestagsdrucksache 17/5815) verwiesen.

10. Wie viele Frauen profitieren derzeit von der Rente nach Mindestentgeltpunkten nach § 262 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VI), wie hoch ist ihr Anteil verglichen mit dem der Männer und wie hoch durchschnittlich der Betrag, um den ihre Rente nach dieser Regelung aufgewertet wird (bitte nach Ost und West aufschlüsseln)?

Zum 31. Dezember 2010 waren 2 342 752 Versichertenrenten an Frauen mit Mindestentgeltpunkten bei geringem Arbeitsentgelt gemäß § 262 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VI) berechnet (alte Länder 1 692 456, neue Länder 650 296).

Der Anteil der Renten mit Rentenberechnung nach Mindestentgeltpunkten bei geringem Arbeitsentgelt an allen Versichertenrenten beträgt bei den Frauen rd. 22,1 Prozent (alte Länder rd. 20,3 Prozent, neue Länder rd. 28,7 Prozent). Der

entsprechende Anteil bei Männern beträgt rd. 3,2 Prozent (alte Länder rd. 3,3 Prozent, neue Länder rd. 3,0 Prozent).

Versichertenrenten an Frauen waren durch die Rentenberechnung nach Mindestentgeltpunkten bei geringem Arbeitsentgelt durchschnittlich um 79,09 Euro monatlich höher (alte Länder 81,75 Euro monatlich, neue Länder 72,15 Euro monatlich).

11. Wie viele Frauen würden nach aktuellem Stand von einer Entfristung der Rente nach Mindestentgeltpunkten profitieren?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Informationen vor.

12. Wie viele Frauen arbeiten derzeit in einem Minijob (insgesamt sowie nach Haupt- und Nebenerwerb), wie hoch ist ihr Anteil an den minijobbenden Erwerbstätigen (insgesamt sowie nach Haupt- und Nebenerwerb)?

Es wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen. Zum Stichtag 30. Juni 2011 werden im Rahmen der Beschäftigungsstatistik 4 648 000 geringfügig entlohnt beschäftigte Frauen ausgewiesen. 3 226 000 oder 69,4 Prozent dieser Frauen übten eine ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigung und 1 422 000 oder 30,6 Prozent eine im Nebenjob geringfügig entlohnte Beschäftigung aus. Der Anteil von Frauen an allen geringfügig entlohnt Beschäftigten betrug 62,9 Prozent (siehe Tabellen 1.1 und 1.2 der Anlage).

13. Wie hoch sind Zahl und Anteil der Minijobberinnen, die die Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung durch eigene Beiträge aufstocken?

Im Jahr 2010 lagen in der gesetzlichen Rentenversicherung 375 845 aktive Versicherungsverhältnisse von Frauen in geringfügiger Beschäftigung mit Verzicht auf die Versicherungsfreiheit vor. Dies entspricht rund 6,9 Prozent an allen aktiven Versicherungsverhältnissen von Frauen in geringfügiger Beschäftigung im Jahr 2010.

14. Mit welcher Quote rechnet die Bundesregierung bei einer Einführung einer verpflichtenden Beitragszahlung mit „opting-out"-Option, wie sie sie offenbar plant?

Oder hat die Bundesregierung andere bzw. neue Pläne zur Beitragszahlung in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen?

Annahmen über die Inanspruchnahme einer „opting-out"-Möglichkeit bei bestehender Rentenversicherungspflicht für geringfügig Beschäftigte lassen sich nur auf der Grundlage eines konkreten Regelungsentwurfs treffen. Ein solcher Entwurf liegt derzeit nicht vor.

15. Welcher Rentenanspruch ergibt sich aus einer geringfügigen Beschäftigung in Höhe von 400 Euro innerhalb eines Jahres jeweils bei Wahrnehmung und Nichtwahrnehmung der Möglichkeit der freiwilligen Aufstockung der Rentenbeiträge?

Der monatliche Rentenertrag für eine geringfügige Beschäftigung in Höhe von 400 Euro im Jahr 2012 beträgt 4,06 Euro. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass

durch den Aufstockungsbeitrag der Zugang zum gesamten Leistungsspektrum der gesetzlichen Rentenversicherung, also auch Schutz bei Erwerbsminderung und Leistungen zur Rehabilitation, erworben wird.

Bei Nichtaufstockung werden für Zeiten mit einer geringfügigen Beschäftigung Zuschläge an Entgeltpunkten ermittelt. Auf Grundlage der aktuellen Werte ergibt sich ein Zuschlag von 3,11 Euro monatlich.

16. Welcher Rentenanspruch ergäbe sich rechnerisch aus einer geringfügigen Beschäftigung in Höhe von 400 Euro innerhalb eines Jahres jeweils bei Wahrnehmung und Nichtwahrnehmung der Möglichkeit der freiwilligen Aufstockung der Rentenbeiträge, wenn dieser über 45 Jahre ausgeübt werden würde?

Ohne Beachtung von Veränderungen infolge der Entwicklung des Durchschnittsentgelts und des aktuellen Rentenwerts über einen Zeitraum von 45 Jahren würde sich im Jahr 2012 auf Grundlage der aktuellen Werte mit persönlicher Beitragsaufstockung ein monatlicher Rentenanspruch von 182,70 Euro und ohne Aufstockung ein Entgeltpunktzuschlag von 139,95 Euro monatlich ergeben.

17. Wie bewertet die Bundesregierung die Aussage des Ersten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung, dass „[d]ie gegenwärtige Minijobstrategie […] aus der Perspektive der Geschlechtergleichstellung über den Lebensverlauf als desaströs bezeichnet werden [muss]“ (ebd., S. 155), und wie steht sie zu der von der Sachverständigenkommission mit Nachdruck geforderten „Abschaffung der Sonderstellung der geringfügigen Beschäftigung“ (ebd., S. 242)?

Der Erste Gleichstellungsbericht der Bundesregierung besteht aus einem Gutachten der unabhängigen Sachverständigenkommission „Neue Wege – gleiche Chancen. Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf“ und der Stellungnahme der Bundesregierung. Das Gutachten der interdisziplinär besetzten Sachverständigenkommission untersucht Erfolge und Herausforderungen der Gleichstellungspolitik hinsichtlich gleicher Chancen für Frauen und Männer in allen Phasen des Lebenslaufs. Die Bundesregierung führt in ihrer Stellungnahme zum Bericht aus: „Die Bundesregierung teilt nicht alle daraus erwachsenen einzelnen Schlussfolgerungen, sie wird aber den im Koalitionsvertrag vereinbarten „Rahmenplan zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern in allen Phasen des Lebensverlaufs“ nutzen, um den gleichstellungspolitischen Handlungsbedarf auch in diesen Feldern zu identifizieren.“ Ziel der Bundesregierung ist die Schaffung fairer Einkommensperspektiven für Frauen und Männer im Lebensverlauf. Hinsichtlich der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse ist im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP das Ziel formuliert, die Brückenfunktion von Mini- und Midijobs in voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu stärken.

18. Wie sind vor dem Hintergrund der aus der Fachwelt vielfach geäußerten Kritik an Minijobs als Falle, Sackgasse etc. für Frauen und deren Alterssicherung, Pläne zu bewerten, die Einkommensgrenze für Minijobs von 400 auf 450 Euro zu erhöhen?

Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, dass die Erhöhung und die Dynamisierung der Grenzen sozialversicherungsfreier Minijobs geprüft wird. Diese Prüfung umfasst auch gleichstellungspolitische Aspekte.

19. Inwiefern sind Alterssicherung und Altersarmut von Frauen Thema des laufenden „Regierungsdialogs Rente“, und in welcher Hinsicht würden Frauen von den rentenrechtlichen Gesetzgebungsvorhaben profitieren?

Im Rentendialog werden Entwicklungen in der Arbeitswelt und gesellschaftliche Veränderungen insgesamt daraufhin untersucht, ob und welche Risiken sie für mehr Bedürftigkeit im Alter bergen. Vorschläge für Änderungen im Rentenrecht werden daraufhin überprüft, ob sie die Lebensleistung gerecht belohnen und Bedürftigkeitsrisiken wirksam und zielgenau entgegenwirken. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 7 verwiesen.

20. Wie viele Frauen würden von der von Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Dr. Ursula von der Leyen, vorgeschlagenen Zuschussrente profitieren, und um wie viel würde der Zahlbetrag ihrer Rente durchschnittlich steigen?

Die konkrete Ausgestaltung der Zuschussrente wird derzeit innerhalb der Bundesregierung abgestimmt. Abschließende Aussagen zu Bezieherzahlen und Leistungshöhen sind daher noch nicht möglich.

21. Wie stellen sich diese Effekte im Vergleich zu den Effekten einer Entfristung der Rente nach Mindestentgelt (§ 262 SGB VI) dar?

Auf die Antworten zu den Fragen 11 und 20 wird verwiesen.

22. Wie steht die Bundesregierung zu der u. a. vom Deutschen Gewerkschaftsbund, aber auch vom Sozialbeirat (Bundestagsdrucksache 17/7770, S. 80) geäußerten Kritik an der geplanten Zuschussrente, dass aufgrund der restriktiven Anspruchsbedingungen hinsichtlich Versicherungsjahren und Zeiten der privaten oder betrieblichen Vorsorge nur sehr wenig Versicherte in den Genuss des Rentenzuschusses kommen würden, und für wie erfolgversprechend hält sie das Instrument vor diesem Hintergrund für die Bekämpfung von Altersarmut, insbesondere von Frauen?

Die konkrete Ausgestaltung der Zuschussrente wird derzeit innerhalb der Bundesregierung abgestimmt. Abschließende Aussagen zu Bezieherzahlen und Leistungshöhen sind daher noch nicht möglich. Die Voraussetzungen für die Zuschussrente sollen das Ziel der solidarischen Unterstützung der Menschen mit der Stärkung ihres Bewusstseins für die Eigenverantwortung durch private Altersvorsorge verbinden. Die Bedingungen für die Zuschussrente sollen gewährleisten, dass sich langjährige Altersvorsorge bereits bei geringem Arbeitsverdienst für die Rente auszahlt. Gerade Frauen mit einer unterbrochenen Erwerbsbiografie wegen der Erziehung von Kindern oder der Pflege von Angehörigen würden von der Zuschussrente profitieren. Denn bei den Voraussetzungen sollen nicht nur Zeiten der Beschäftigung berücksichtigt werden, sondern auch Kindererziehungs- und Kinderberücksichtigungszeiten von bis zu zehn Jahren pro Kind sowie Zeiten, in denen Angehörige gepflegt werden.

23. Wie bewertet die Bundesregierung, dass es aufgrund ihrer Unterrepräsentation bei der privaten und vor allem betrieblichen Altersvorsorge insbesondere für Frauen schwierig werden dürfte, die Anspruchsvoraussetzungen für die Zuschussrente zu erfüllen – und das, wo gerade Frauen eine Aufstockung ihrer Renten besonders nötig hätten?

Die Behauptung, Frauen seien bei der privaten und bei der betrieblichen Altersvorsorge unterrepräsentiert, trifft nicht zu. Bei der staatlich geförderten privaten Altersvorsorge kommen mehr Frauen als Männer in den Genuss der staatlichen Zulage. Frauen erhalten zudem im Durchschnitt eine höhere Zulage als Männer. Auch bei der betrieblichen Altersvorsorge sind Frauen keinesfalls unterrepräsentiert; über alle Branchen hinweg betrachtet liegt ihr Anteil ähnlich hoch wie derjenige der Männer.

Tabelle 1.1: Sozialversicherungspflichtig und geringfügig entlohnte Beschäftigte

Deutschland, West- und Ostdeutschland (Arbeitsort)

Kleine Anfrage 17/8928
Anlage

Geschlecht	Stichtag	Deutschland					
		sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	darunter		geringfügig entlohnte Beschäftigte (GeB)	davon	
			Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte		ausschließlich GeB	im Nebenjob GeB
		1	2	3	4	5	6
Insgesamt	30. Juni 2001	27.817.114	23.688.614	4.119.534		4.131.807	
	30. Juni 2002	27.571.147	23.307.945	4.255.034		4.169.166	
	30. Juni 2003	26.954.686	22.657.574	4.287.928	5.532.842	4.375.325	1.157.517
	30. Juni 2004	26.523.982	22.201.871	4.311.320	6.465.645	4.802.866	1.662.779
	30. Juni 2005	26.178.266	21.802.121	4.364.644	6.491.964	4.746.883	1.745.081
	30. Juni 2006	26.354.336	21.814.511	4.529.714	6.750.892	4.853.596	1.897.296
	30. Juni 2007	26.854.566	22.070.081	4.773.168	6.917.770	4.881.535	2.036.235
	30. Juni 2008	27.457.715	22.442.697	5.002.792	7.078.025	4.882.173	2.195.852
	30. Juni 2009	27.380.096	22.165.271	5.201.759	7.191.748	4.931.783	2.259.965
	30. Juni 2010	27.710.487	22.306.043	5.388.630	7.274.398	4.916.487	2.357.911
	30. Juni 2011	28.381.343	22.683.279	5.669.748	7.386.881	4.894.322	2.492.559
Männer	30. Juni 2001	15.444.587	14.828.758	611.586		1.218.054	
	30. Juni 2002	15.179.482	14.534.508	640.731		1.242.084	
	30. Juni 2003	14.773.376	14.116.383	652.035	1.860.988	1.366.565	494.423
	30. Juni 2004	14.540.851	13.877.188	657.797	2.298.306	1.570.843	727.463
	30. Juni 2005	14.286.258	13.622.758	657.081	2.312.831	1.559.473	753.358
	30. Juni 2006	14.423.814	13.696.820	721.328	2.409.011	1.590.142	818.869
	30. Juni 2007	14.769.842	13.986.362	776.851	2.471.500	1.585.326	886.174
	30. Juni 2008	15.063.590	14.234.381	822.277	2.544.728	1.589.296	955.432
	30. Juni 2009	14.829.273	13.959.646	862.416	2.593.049	1.637.616	955.433
	30. Juni 2010	14.975.593	14.052.339	914.497	2.658.658	1.656.334	1.002.324
	30. Juni 2011	15.355.644	14.351.108	990.501	2.738.732	1.668.056	1.070.676
Frauen	30. Juni 2001	12.372.527	8.859.856	3.507.948		2.913.753	
	30. Juni 2002	12.391.665	8.773.437	3.614.303		2.927.082	
	30. Juni 2003	12.181.310	8.541.191	3.635.893	3.671.854	3.008.760	663.094
	30. Juni 2004	11.983.131	8.324.683	3.653.523	4.167.339	3.232.023	935.316
	30. Juni 2005	11.892.008	8.179.363	3.707.563	4.179.133	3.187.410	991.723
	30. Juni 2006	11.930.522	8.117.691	3.808.386	4.341.881	3.263.454	1.078.427
	30. Juni 2007	12.084.724	8.083.719	3.996.317	4.446.270	3.296.209	1.150.061
	30. Juni 2008	12.394.125	8.208.316	4.180.515	4.533.297	3.292.877	1.240.420
	30. Juni 2009	12.550.823	8.205.625	4.339.343	4.598.699	3.294.167	1.304.532
	30. Juni 2010	12.734.894	8.253.704	4.474.133	4.615.740	3.260.153	1.355.587
	30. Juni 2011	13.025.699	8.332.171	4.679.247	4.648.149	3.226.266	1.421.883

Fortführung Tabelle 1.1: Sozialversicherungspflichtig und geringfügig entlohnte Beschäftigte
Deutschland, West- und Ostdeutschland (Arbeitsort)

Geschlecht	Stichtag	Westdeutschland (ohne Berlin)					
		sozialver-sicherungspflichtig Beschäftigte	darunter		geringfügig entlohnte Beschäftigte (GeB)	davon	
			Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte		ausschließlich GeB	im Nebenjob GeB
		7	8	9	10	11	12
Insgesamt	30. Juni 2001	22.266.877	18.917.300	3.343.011		3.587.960	
	30. Juni 2002	22.182.502	18.701.610	3.474.892		3.599.798	
	30. Juni 2003	21.730.394	18.208.637	3.514.525	4.794.286	3.760.399	1.033.887
	30. Juni 2004	21.411.589	17.872.868	3.529.839	5.591.101	4.108.172	1.482.929
	30. Juni 2005	21.206.058	17.619.305	3.576.988	5.658.337	4.096.025	1.562.312
	30. Juni 2006	21.339.882	17.632.464	3.698.951	5.876.477	4.174.248	1.702.229
	30. Juni 2007	21.737.227	17.861.470	3.867.092	6.034.729	4.203.543	1.831.186
	30. Juni 2008	22.238.819	18.190.220	4.039.172	6.185.874	4.210.849	1.975.025
	30. Juni 2009	22.163.637	17.964.691	4.189.487	6.279.255	4.253.362	2.025.893
	30. Juni 2010	22.413.625	18.064.433	4.337.761	6.349.219	4.238.509	2.110.710
	30. Juni 2011	22.989.474	18.397.429	4.574.201	6.462.342	4.232.128	2.230.214
Männer	30. Juni 2001	12.613.587	12.135.693	474.638		998.067	
	30. Juni 2002	12.460.394	11.950.902	506.329		1.008.248	
	30. Juni 2003	12.144.719	11.620.624	520.068	1.552.332	1.108.558	443.774
	30. Juni 2004	11.973.432	11.445.909	522.577	1.925.202	1.272.753	652.449
	30. Juni 2005	11.807.041	11.274.565	526.898	1.962.781	1.282.866	679.915
	30. Juni 2006	11.905.216	11.325.287	575.046	2.044.762	1.304.636	740.126
	30. Juni 2007	12.184.530	11.567.964	611.364	2.107.492	1.303.877	803.615
	30. Juni 2008	12.427.263	11.779.052	642.643	2.177.440	1.310.668	866.772
	30. Juni 2009	12.224.531	11.548.337	670.868	2.213.572	1.350.687	862.885
	30. Juni 2010	12.323.322	11.607.184	709.630	2.271.709	1.368.582	903.127
	30. Juni 2011	12.644.690	11.863.803	771.221	2.349.373	1.385.196	964.177
Frauen	30. Juni 2001	9.653.290	6.781.607	2.868.373		2.589.893	
	30. Juni 2002	9.722.108	6.750.708	2.968.563		2.591.550	
	30. Juni 2003	9.585.675	6.588.013	2.994.457	3.241.954	2.651.841	590.113
	30. Juni 2004	9.438.157	6.426.959	3.007.262	3.665.899	2.835.419	830.480
	30. Juni 2005	9.399.017	6.344.740	3.050.090	3.695.556	2.813.159	882.397
	30. Juni 2006	9.434.666	6.307.177	3.123.905	3.831.715	2.869.612	962.103
	30. Juni 2007	9.552.697	6.293.506	3.255.728	3.927.237	2.899.666	1.027.571
	30. Juni 2008	9.811.556	6.411.168	3.396.529	4.008.434	2.900.181	1.108.253
	30. Juni 2009	9.939.106	6.416.354	3.518.619	4.065.683	2.902.675	1.163.008
	30. Juni 2010	10.090.303	6.457.249	3.628.131	4.077.510	2.869.927	1.207.583
	30. Juni 2011	10.344.784	6.533.626	3.802.980	4.112.969	2.846.932	1.266.037

Fortführung Tabelle 1.1: Sozialversicherungspflichtig und geringfügig entlohnte Beschäftigte

Deutschland, West- und Ostdeutschland (Arbeitsort)

Geschlecht	Stichtag	Ostdeutschland (mit Berlin)					
		sozialver- sicherungspflichtig Beschäftigte	darunter		geringfügig entlohnte Beschäftigte (GeB)	davon	
			Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte		ausschließlich GeB	im Nebenjob GeB
		13	14	15	16	17	18
Insgesamt	30. Juni 2001	5.550.237	4.771.314	776.523		543.847	
	30. Juni 2002	5.388.645	4.606.335	780.142		569.368	
	30. Juni 2003	5.224.292	4.448.937	773.403	738.556	614.926	123.630
	30. Juni 2004	5.112.393	4.329.003	781.481	874.544	694.694	179.850
	30. Juni 2005	4.972.208	4.182.816	787.656	833.627	650.858	182.769
	30. Juni 2006	5.014.454	4.182.047	830.763	874.415	679.348	195.067
	30. Juni 2007	5.117.339	4.208.611	906.076	883.041	677.992	205.049
	30. Juni 2008	5.218.896	4.252.477	963.620	892.151	671.324	220.827
	30. Juni 2009	5.216.459	4.200.580	1.012.272	912.493	678.421	234.072
	30. Juni 2010	5.296.862	4.241.610	1.050.869	925.179	677.978	247.201
	30. Juni 2011	5.391.869	4.285.850	1.095.547	924.539	662.194	262.345
Männer	30. Juni 2001	2.831.000	2.693.065	136.948		219.987	
	30. Juni 2002	2.719.088	2.583.606	134.402		233.836	
	30. Juni 2003	2.628.657	2.495.759	131.967	308.656	258.007	50.649
	30. Juni 2004	2.567.419	2.431.279	135.220	373.104	298.090	75.014
	30. Juni 2005	2.479.217	2.348.193	130.183	350.050	276.607	73.443
	30. Juni 2006	2.518.598	2.371.533	146.282	364.249	285.506	78.743
	30. Juni 2007	2.585.312	2.418.398	165.487	364.008	281.449	82.559
	30. Juni 2008	2.636.327	2.455.329	179.634	367.288	278.628	88.660
	30. Juni 2009	2.604.742	2.411.309	191.548	379.477	286.929	92.548
	30. Juni 2010	2.652.271	2.445.155	204.867	386.949	287.752	99.197
	30. Juni 2011	2.710.954	2.487.305	219.280	389.359	282.860	106.499
Frauen	30. Juni 2001	2.719.237	2.078.249	639.575		323.860	
	30. Juni 2002	2.669.557	2.022.729	645.740		335.532	
	30. Juni 2003	2.595.635	1.953.178	641.436	429.900	356.919	72.981
	30. Juni 2004	2.544.974	1.897.724	646.261	501.440	396.604	104.836
	30. Juni 2005	2.492.991	1.834.623	657.473	483.577	374.251	109.326
	30. Juni 2006	2.495.856	1.810.514	684.481	510.166	393.842	116.324
	30. Juni 2007	2.532.027	1.790.213	740.589	519.033	396.543	122.490
	30. Juni 2008	2.582.569	1.797.148	783.986	524.863	392.696	132.167
	30. Juni 2009	2.611.717	1.789.271	820.724	533.016	391.492	141.524
	30. Juni 2010	2.644.591	1.796.455	846.002	538.230	390.226	148.004
	30. Juni 2011	2.680.915	1.798.545	876.267	535.180	379.334	155.846

Erstellungsdatum: 12.03.2012, Statistik Datenzentrum

1) Daten der geringfügig entlohnt Beschäftigten im Nebenjob stehen erst ab dem Stichtag 30.06.2003 zur Verfügung.

Tabelle 1.2: Sozialversicherungspflichtig und geringfügig entlohnte Beschäftigte (Anteile von Frauen und Männern an insgesamt in Prozent)

Deutschland, West- und Ostdeutschland (Arbeitsort)

Geschlecht	Stichtag	Deutschland					
		sozialver-sicherungspflichtig Beschäftigte	darunter		geringfügig entlohnte Beschäftigrte (GeB)	davon	
			Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte		ausschließlich GeB	im Nebenjob GeB
		1	2	3	4	5	6
Insgesamt	30. Juni 2001	100,0	100,0	100,0		100,0	
	30. Juni 2002	100,0	100,0	100,0		100,0	
	30. Juni 2003	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	30. Juni 2004	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	30. Juni 2005	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	30. Juni 2006	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	30. Juni 2007	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	30. Juni 2008	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	30. Juni 2009	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	30. Juni 2010	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	30. Juni 2011	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Männer	30. Juni 2001	55,5	62,6	14,8		29,5	
	30. Juni 2002	55,1	62,4	15,1		29,8	
	30. Juni 2003	54,8	62,3	15,2	33,6	31,2	42,7
	30. Juni 2004	54,8	62,5	15,3	35,5	32,7	43,7
	30. Juni 2005	54,6	62,5	15,1	35,6	32,9	43,2
	30. Juni 2006	54,7	62,8	15,9	35,7	32,8	43,2
	30. Juni 2007	55,0	63,4	16,3	35,7	32,5	43,5
	30. Juni 2008	54,9	63,4	16,4	36,0	32,6	43,5
	30. Juni 2009	54,2	63,0	16,6	36,1	33,2	42,3
	30. Juni 2010	54,0	63,0	17,0	36,5	33,7	42,5
	30. Juni 2011	54,1	63,3	17,5	37,1	34,1	43,0
Frauen	30. Juni 2001	44,5	37,4	85,2		70,5	
	30. Juni 2002	44,9	37,6	84,9		70,2	
	30. Juni 2003	45,2	37,7	84,8	66,4	68,8	57,3
	30. Juni 2004	45,2	37,5	84,7	64,5	67,3	56,3
	30. Juni 2005	45,4	37,5	84,9	64,4	67,1	56,8
	30. Juni 2006	45,3	37,2	84,1	64,3	67,2	56,8
	30. Juni 2007	45,0	36,6	83,7	64,3	67,5	56,5
	30. Juni 2008	45,1	36,6	83,6	64,0	67,4	56,5
	30. Juni 2009	45,8	37,0	83,4	63,9	66,8	57,7
	30. Juni 2010	46,0	37,0	83,0	63,5	66,3	57,5
	30. Juni 2011	45,9	36,7	82,5	62,9	65,9	57,0

Fortführung Tabelle 1.2: Sozialversicherungspflichtig und geringfügig entlohnte Beschäftigte (Anteile von Frauen und Männern an insgesamt in Prozent)

Deutschland, West- und Ostdeutschland (Arbeitsort)

Geschlecht	Stichtag	Westdeutschland (ohne Berlin)					
		sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	darunter		geringfügig entlohnte Beschäftigrte (GeB)	davon	
			Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte		ausschließlich GeB	im Nebenjob GeB
		7	8	9	10	11	12
Insgesamt	30. Juni 2001	100,0	100,0	100,0		100,0	
	30. Juni 2002	100,0	100,0	100,0		100,0	
	30. Juni 2003	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	30. Juni 2004	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	30. Juni 2005	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	30. Juni 2006	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	30. Juni 2007	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	30. Juni 2008	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	30. Juni 2009	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	30. Juni 2010	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	30. Juni 2011	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Männer	30. Juni 2001	56,6	64,2	14,2		27,8	
	30. Juni 2002	56,2	63,9	14,6		28,0	
	30. Juni 2003	55,9	63,8	14,8	32,4	29,5	42,9
	30. Juni 2004	55,9	64,0	14,8	34,4	31,0	44,0
	30. Juni 2005	55,7	64,0	14,7	34,7	31,3	43,5
	30. Juni 2006	55,8	64,2	15,5	34,8	31,3	43,5
	30. Juni 2007	56,1	64,8	15,8	34,9	31,0	43,9
	30. Juni 2008	55,9	64,8	15,9	35,2	31,1	43,9
	30. Juni 2009	55,2	64,3	16,0	35,3	31,8	42,6
	30. Juni 2010	55,0	64,3	16,4	35,8	32,3	42,8
	30. Juni 2011	55,0	64,5	16,9	36,4	32,7	43,2
Frauen	30. Juni 2001	43,4	35,8	85,8		72,2	
	30. Juni 2002	43,8	36,1	85,4		72,0	
	30. Juni 2003	44,1	36,2	85,2	67,6	70,5	57,1
	30. Juni 2004	44,1	36,0	85,2	65,6	69,0	56,0
	30. Juni 2005	44,3	36,0	85,3	65,3	68,7	56,5
	30. Juni 2006	44,2	35,8	84,5	65,2	68,7	56,5
	30. Juni 2007	43,9	35,2	84,2	65,1	69,0	56,1
	30. Juni 2008	44,1	35,2	84,1	64,8	68,9	56,1
	30. Juni 2009	44,8	35,7	84,0	64,7	68,2	57,4
	30. Juni 2010	45,0	35,7	83,6	64,2	67,7	57,2
	30. Juni 2011	45,0	35,5	83,1	63,6	67,3	56,8

Fortführung Tabelle 1.2: Sozialversicherungspflichtig und geringfügig entlohnte Beschäftigte (Anteile von Frauen und Männern an insgesamt in Prozent)

Deutschland, West- und Ostdeutschland (Arbeitsort)

Geschlecht	Stichtag	Ostdeutschland (mit Berlin)					
		sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	darunter		geringfügig entlohnte Beschäftigrte (GeB)	davon	
			Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte		ausschließlich GeB	im Nebenjob GeB
		13	14	15	16	17	18
Insgesamt	30. Juni 2001	100,0	100,0	100,0		100,0	
	30. Juni 2002	100,0	100,0	100,0		100,0	
	30. Juni 2003	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	30. Juni 2004	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	30. Juni 2005	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	30. Juni 2006	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	30. Juni 2007	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	30. Juni 2008	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	30. Juni 2009	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	30. Juni 2010	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	30. Juni 2011	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Männer	30. Juni 2001	51,0	56,4	17,6		40,5	
	30. Juni 2002	50,5	56,1	17,2		41,1	
	30. Juni 2003	50,3	56,1	17,1	41,8	42,0	41,0
	30. Juni 2004	50,2	56,2	17,3	42,7	42,9	41,7
	30. Juni 2005	49,9	56,1	16,5	42,0	42,5	40,2
	30. Juni 2006	50,2	56,7	17,6	41,7	42,0	40,4
	30. Juni 2007	50,5	57,5	18,3	41,2	41,5	40,3
	30. Juni 2008	50,5	57,7	18,6	41,2	41,5	40,1
	30. Juni 2009	49,9	57,4	18,9	41,6	42,3	39,5
	30. Juni 2010	50,1	57,6	19,5	41,8	42,4	40,1
	30. Juni 2011	50,3	58,0	20,0	42,1	42,7	40,6
Frauen	30. Juni 2001	49,0	43,6	82,4		59,5	
	30. Juni 2002	49,5	43,9	82,8		58,9	
	30. Juni 2003	49,7	43,9	82,9	58,2	58,0	59,0
	30. Juni 2004	49,8	43,8	82,7	57,3	57,1	58,3
	30. Juni 2005	50,1	43,9	83,5	58,0	57,5	59,8
	30. Juni 2006	49,8	43,3	82,4	58,3	58,0	59,6
	30. Juni 2007	49,5	42,5	81,7	58,8	58,5	59,7
	30. Juni 2008	49,5	42,3	81,4	58,8	58,5	59,9
	30. Juni 2009	50,1	42,6	81,1	58,4	57,7	60,5
	30. Juni 2010	49,9	42,4	80,5	58,2	57,6	59,9
	30. Juni 2011	49,7	42,0	80,0	57,9	57,3	59,4

Erstellungsdatum: 12.03.2012, Statistik Datenzentrum

1) Daten der geringfügig entlohnt Beschäftigten im Nebenjob stehen erst ab dem Stichtag 30.06.2003 zur Verfügung.

Tabelle 2.1: Vollzeitbeschäftigte (ohne Auszubildende) mit Angabe zum Entgelt im unteren Lohnbereich[1] (bezogen auf die bundeseinheitliche Niedriglohnschwelle) - Deutschland

Stichtag	Insgesamt	bundeseinheitliche Niedriglohnschwelle in €	Insgesamt	mit Angabe zum Entgelt	Personen im unteren Lohnbereich	Anteil im unteren Lohnbereich
		1	2	3	4	5
31.12.2001	Insgesamt	1.620	21.890.779	21.120.003	4.141.611	19,6
	Männer	1.620	13.741.865	13.313.831	1.655.194	12,4
	Frauen	1.620	8.148.914	7.806.172	2.486.416	31,9
31.12.2002	Insgesamt	1.652	21.330.188	20.570.052	4.070.920	19,8
	Männer	1.652	13.343.872	12.917.415	1.615.386	12,5
	Frauen	1.652	7.986.316	7.652.637	2.455.534	32,1
31.12.2003	Insgesamt	1.678	20.751.419	20.078.481	4.073.784	20,3
	Männer	1.678	13.002.182	12.654.464	1.644.449	13,0
	Frauen	1.678	7.749.237	7.424.017	2.429.334	32,7
31.12.2004	Insgesamt	1.695	20.354.392	19.564.175	4.047.167	20,7
	Männer	1.695	12.751.450	12.453.908	1.666.833	13,4
	Frauen	1.695	7.602.942	7.110.267	2.380.334	33,5
31.12.2005	Insgesamt	1.706	20.078.540	19.288.246	4.089.629	21,2
	Männer	1.706	12.601.730	12.291.654	1.722.644	14,0
	Frauen	1.706	7.476.810	6.996.592	2.366.985	33,8
31.12.2006	Insgesamt	1.708	20.279.639	19.791.463	4.322.467	21,8
	Männer	1.708	12.843.252	12.646.298	1.885.139	14,9
	Frauen	1.708	7.436.387	7.145.165	2.437.327	34,1
31.12.2007	Insgesamt	1.728	20.570.702	20.217.109	4.470.506	22,1
	Männer	1.728	13.090.588	12.923.125	1.972.155	15,3
	Frauen	1.728	7.480.114	7.293.984	2.498.351	34,3
31.12.2008	Insgesamt	1.768	20.746.580	20.335.150	4.529.758	22,3
	Männer	1.768	13.170.384	12.968.668	1.980.626	15,3
	Frauen	1.768	7.576.196	7.366.482	2.549.132	34,6
31.12.2009	Insgesamt	1.784	20.448.332	20.026.993	4.463.979	22,3
	Männer	1.784	12.910.762	12.707.134	1.952.436	15,4
	Frauen	1.784	7.537.570	7.319.859	2.511.543	34,3
31.12.2010	Insgesamt	1.802	20.849.886	20.498.959	4.663.741	22,8
	Männer	1.802	13.198.419	13.040.537	2.102.734	16,1
	Frauen	1.802	7.651.467	7.458.422	2.561.007	34,3

Erstellungsdatum: 12.03.2012, Statistik Datenzentrum

1) In Anlehnung an die Definition der OECD gilt hier als Geringverdiener, wer als sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigter (ohne Auszubildende) weniger als 2/3 des Medianentgelts aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) erzielt.

Tabelle 2.2: Vollzeitbeschäftigte (ohne Auszubildende) mit Angabe zum Entgelt im unteren Lohnbereich[1)] (bezogen auf die bundeseinheitliche Niedriglohnschwelle) - Westdeutschland

Stichtag	Insgesamt	bundeseinheitliche Niedriglohnschwelle in €	Insgesamt	mit Angabe zum Entgelt	Personen im unteren Lohnbereich	Anteil im unteren Lohnbereich
		1	2	3	4	5
31.12.2001	Insgesamt	1.620	17.557.178	16.936.119	2.613.536	15,4
	Männer	1.620	11.317.805	10.972.403	876.721	8,0
	Frauen	1.620	6.239.373	5.963.716	1.736.814	29,1
31.12.2002	Insgesamt	1.652	17.163.966	16.558.894	2.606.925	15,7
	Männer	1.652	11.028.563	10.691.283	876.686	8,2
	Frauen	1.652	6.135.403	5.867.611	1.730.239	29,5
31.12.2003	Insgesamt	1.678	16.711.114	16.163.780	2.603.735	16,1
	Männer	1.678	10.756.548	10.473.136	896.579	8,6
	Frauen	1.678	5.954.566	5.690.644	1.707.155	30,0
31.12.2004	Insgesamt	1.695	16.461.183	15.807.775	2.634.285	16,7
	Männer	1.695	10.588.064	10.347.821	949.855	9,2
	Frauen	1.695	5.873.119	5.459.954	1.684.430	30,9
31.12.2005	Insgesamt	1.706	16.275.137	15.620.984	2.685.076	17,2
	Männer	1.706	10.484.142	10.230.532	1.003.428	9,8
	Frauen	1.706	5.790.995	5.390.452	1.681.647	31,2
31.12.2006	Insgesamt	1.708	16.422.482	16.026.731	2.855.520	17,8
	Männer	1.708	10.657.913	10.504.630	1.120.117	10,7
	Frauen	1.708	5.764.569	5.522.101	1.735.403	31,4
31.12.2007	Insgesamt	1.728	16.691.998	16.405.618	2.970.864	18,1
	Männer	1.728	10.875.765	10.742.349	1.186.414	11,0
	Frauen	1.728	5.816.233	5.663.269	1.784.450	31,5
31.12.2008	Insgesamt	1.768	16.837.331	16.499.855	3.002.143	18,2
	Männer	1.768	10.934.718	10.771.699	1.179.689	11,0
	Frauen	1.768	5.902.613	5.728.156	1.822.453	31,8
31.12.2009	Insgesamt	1.784	16.557.989	16.218.079	2.943.822	18,2
	Männer	1.784	10.692.851	10.531.795	1.151.388	10,9
	Frauen	1.784	5.865.138	5.686.284	1.792.434	31,5
31.12.2010	Insgesamt	1.802	16.874.983	16.585.931	3.096.373	18,7
	Männer	1.802	10.916.391	10.788.873	1.262.122	11,7
	Frauen	1.802	5.958.592	5.797.058	1.834.251	31,6

Erstellungsdatum: 12.03.2012, Statistik Datenzentrum

1) In Anlehnung an die Definition der OECD gilt hier als Geringverdiener, wer als sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigter (ohne Auszubildende) weniger als 2/3 des Medianentgelts aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) erzielt.

Tabelle 2.3: Vollzeitbeschäftigte (ohne Auszubildende) mit Angabe zum Entgelt im unteren Lohnbereich[1] (bezogen auf die bundeseinheitliche Niedriglohnschwelle) - Ostdeutschland

Stichtag	Insgesamt	bundeseinheitliche Niedriglohnschwelle in €	Insgesamt	mit Angabe zum Entgelt	Personen im unteren Lohnbereich	Anteil im unteren Lohnbereich
		1	2	3	4	5
31.12.2001	Insgesamt	1.620	4.333.601	4.183.884	1.528.075	36,5
	Männer	1.620	2.424.060	2.341.428	778.473	33,2
	Frauen	1.620	1.909.541	1.842.456	749.602	40,7
31.12.2002	Insgesamt	1.652	4.166.222	4.011.158	1.463.994	36,5
	Männer	1.652	2.315.309	2.226.132	738.699	33,2
	Frauen	1.652	1.850.913	1.785.026	725.295	40,6
31.12.2003	Insgesamt	1.678	4.040.305	3.914.701	1.470.049	37,6
	Männer	1.678	2.245.634	2.181.328	747.870	34,3
	Frauen	1.678	1.794.671	1.733.373	722.179	41,7
31.12.2004	Insgesamt	1.695	3.893.209	3.756.400	1.412.882	37,6
	Männer	1.695	2.163.386	2.106.087	716.979	34,0
	Frauen	1.695	1.729.823	1.650.313	695.904	42,2
31.12.2005	Insgesamt	1.706	3.803.403	3.667.262	1.404.553	38,3
	Männer	1.706	2.117.588	2.061.122	719.216	34,9
	Frauen	1.706	1.685.815	1.606.140	685.337	42,7
31.12.2006	Insgesamt	1.708	3.857.157	3.764.732	1.466.947	39,0
	Männer	1.708	2.185.339	2.141.668	765.022	35,7
	Frauen	1.708	1.671.818	1.623.064	701.925	43,2
31.12.2007	Insgesamt	1.728	3.878.704	3.811.491	1.499.642	39,3
	Männer	1.728	2.214.823	2.180.776	785.741	36,0
	Frauen	1.728	1.663.881	1.630.715	713.900	43,8
31.12.2008	Insgesamt	1.768	3.909.249	3.835.295	1.527.615	39,8
	Männer	1.768	2.235.666	2.196.969	800.937	36,5
	Frauen	1.768	1.673.583	1.638.326	726.678	44,4
31.12.2009	Insgesamt	1.784	3.890.343	3.808.914	1.520.157	39,9
	Männer	1.784	2.217.911	2.175.339	801.048	36,8
	Frauen	1.784	1.672.432	1.633.575	719.109	44,0
31.12.2010	Insgesamt	1.802	3.974.903	3.913.028	1.567.368	40,1
	Männer	1.802	2.282.028	2.251.664	840.612	37,3
	Frauen	1.802	1.692.875	1.661.364	726.756	43,7

Erstellungsdatum: 12.03.2012, Statistik Datenzentrum

1) In Anlehnung an die Definition der OECD gilt hier als Geringverdiener, wer als sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigter (ohne Auszubildende) weniger als 2/3 des Medianentgelts aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) erzielt.

Tabelle 2.4: Vollzeitbeschäftigte (ohne Auszubildende) mit Angabe zum Entgelt im unteren Lohnbereich[1] (bezogen auf die west- und ostdeutsche Niedriglohnschwelle) - Deutschland

Stichtag	Insgesamt	Niedriglohnschwelle in €	Insgesamt	mit Angabe zum Entgelt	Personen im unteren Lohnbereich	Anteil im unteren Lohnbereich
		1	2	3	4	5
31.12.2001	Insgesamt	x	21.890.779	21.120.003	3.725.028	17,6
	Männer	x	13.741.865	13.313.831	1.318.603	9,9
	Frauen	x	8.148.914	7.806.172	2.406.425	30,8
31.12.2002	Insgesamt	x	21.330.188	20.570.052	3.682.251	17,9
	Männer	x	13.343.872	12.917.415	1.303.160	10,1
	Frauen	x	7.986.316	7.652.637	2.379.091	31,1
31.12.2003	Insgesamt	x	20.751.419	20.078.481	3.698.809	18,4
	Männer	x	13.002.182	12.654.464	1.347.012	10,6
	Frauen	x	7.749.237	7.424.017	2.351.797	31,7
31.12.2004	Insgesamt	x	20.354.392	19.564.175	3.720.264	19,0
	Männer	x	12.751.450	12.453.908	1.409.148	11,3
	Frauen	x	7.602.942	7.110.267	2.311.116	32,5
31.12.2005	Insgesamt	x	20.078.540	19.288.246	3.770.632	19,5
	Männer	x	12.601.730	12.291.654	1.474.720	12,0
	Frauen	x	7.476.810	6.996.592	2.295.912	32,8
31.12.2006	Insgesamt	x	20.279.639	19.791.463	3.985.400	20,1
	Männer	x	12.843.252	12.646.298	1.624.526	12,8
	Frauen	x	7.436.387	7.145.165	2.360.874	33,0
31.12.2007	Insgesamt	x	20.570.702	20.217.109	4.120.875	20,4
	Männer	x	13.090.588	12.923.125	1.702.540	13,2
	Frauen	x	7.480.114	7.293.984	2.418.334	33,2
31.12.2008	Insgesamt	x	20.746.580	20.335.150	4.168.382	20,5
	Männer	x	13.170.384	12.968.668	1.704.644	13,1
	Frauen	x	7.576.196	7.366.482	2.463.737	33,4
31.12.2009	Insgesamt	x	20.448.332	20.026.993	4.091.980	20,4
	Männer	x	12.910.762	12.707.134	1.672.085	13,2
	Frauen	x	7.537.570	7.319.859	2.419.895	33,1
31.12.2010	Insgesamt	x	20.849.886	20.498.959	4.278.116	20,9
	Männer	x	13.198.419	13.040.537	1.811.655	13,9
	Frauen	x	7.651.467	7.458.422	2.466.462	33,1

Erstellungsdatum: 12.03.2012, Statistik Datenzentrum

1) In Anlehnung an die Definition der OECD gilt hier als Geringverdiener, wer als sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigter (ohne Auszubildende) weniger als 2/3 des Medianentgelts aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) erzielt.

Tabelle 2.5: Vollzeitbeschäftigte (ohne Auszubildende) mit Angabe zum Entgelt im unteren Lohnbereich[1] (bezogen auf die westdeutsche Niedriglohnschwelle) - Westdeutschland

Stichtag	Insgesamt	westdeutsche Niedriglohnschwelle in €	Insgesamt	mit Angabe zum Entgelt	Personen im unteren Lohnbereich	Anteil im unteren Lohnbereich
		1	2	3	4	5
31.12.2001	Insgesamt	1.696	17.557.178	16.936.119	2.927.940	17,3
	Männer	1.696	11.317.805	10.972.403	1.017.637	9,3
	Frauen	1.696	6.239.373	5.963.716	1.910.302	32,0
31.12.2002	Insgesamt	1.726	17.163.966	16.558.894	2.897.507	17,5
	Männer	1.726	11.028.563	10.691.283	1.007.840	9,4
	Frauen	1.726	6.135.403	5.867.611	1.889.666	32,2
31.12.2003	Insgesamt	1.755	16.711.114	16.163.780	2.899.721	17,9
	Männer	1.755	10.756.548	10.473.136	1.035.670	9,9
	Frauen	1.755	5.954.566	5.690.644	1.864.051	32,8
31.12.2004	Insgesamt	1.772	16.461.183	15.807.775	2.926.766	18,5
	Männer	1.772	10.588.064	10.347.821	1.093.304	10,6
	Frauen	1.772	5.873.119	5.459.954	1.833.463	33,6
31.12.2005	Insgesamt	1.785	16.275.137	15.620.984	2.981.981	19,1
	Männer	1.785	10.484.142	10.230.532	1.152.597	11,3
	Frauen	1.785	5.790.995	5.390.452	1.829.384	33,9
31.12.2006	Insgesamt	1.792	16.422.482	16.026.731	3.179.085	19,8
	Männer	1.792	10.657.913	10.504.630	1.286.586	12,2
	Frauen	1.792	5.764.569	5.522.101	1.892.499	34,3
31.12.2007	Insgesamt	1.815	16.691.998	16.405.618	3.316.089	20,2
	Männer	1.815	10.875.765	10.742.349	1.365.494	12,7
	Frauen	1.815	5.816.233	5.663.269	1.950.596	34,4
31.12.2008	Insgesamt	1.855	16.837.331	16.499.855	3.349.218	20,3
	Männer	1.855	10.934.718	10.771.699	1.362.424	12,6
	Frauen	1.855	5.902.613	5.728.156	1.986.794	34,7
31.12.2009	Insgesamt	1.870	16.557.989	16.218.079	3.280.557	20,2
	Männer	1.870	10.692.851	10.531.795	1.330.535	12,6
	Frauen	1.870	5.865.138	5.686.284	1.950.022	34,3
31.12.2010	Insgesamt	1.890	16.874.983	16.585.931	3.451.993	20,8
	Männer	1.890	10.916.391	10.788.873	1.455.675	13,5
	Frauen	1.890	5.958.592	5.797.058	1.996.318	34,4

Erstellungsdatum: 12.03.2012, Statistik Datenzentrum

1) In Anlehnung an die Definition der OECD gilt hier als Geringverdiener, wer als sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigter (ohne Auszubildende) weniger als 2/3 des Medianentgelts aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) erzielt.

Tabelle 2.6: Vollzeitbeschäftigte (ohne Auszubildende) mit Angabe zum Entgelt im unteren Lohnbereich[1] (bezogen auf die ostdeutsche Niedriglohnschwelle) - Ostdeutschland

Stichtag	Insgesamt	ostdeutsche Niedriglohnschwelle in €	Insgesamt	mit Angabe zum Entgelt	Personen im unteren Lohnbereich	Anteil im unteren Lohnbereich
		1	2	3	4	5
31.12.2001	Insgesamt	1.271	4.333.601	4.183.884	797.088	19,1
	Männer	1.271	2.424.060	2.341.428	300.965	12,9
	Frauen	1.271	1.909.541	1.842.456	496.123	26,9
31.12.2002	Insgesamt	1.303	4.166.222	4.011.158	784.744	19,6
	Männer	1.303	2.315.309	2.226.132	295.319	13,3
	Frauen	1.303	1.850.913	1.785.026	489.425	27,4
31.12.2003	Insgesamt	1.313	4.040.305	3.914.701	799.088	20,4
	Männer	1.313	2.245.634	2.181.328	311.342	14,3
	Frauen	1.313	1.794.671	1.733.373	487.746	28,1
31.12.2004	Insgesamt	1.326	3.893.209	3.756.400	793.498	21,1
	Männer	1.326	2.163.386	2.106.087	315.844	15,0
	Frauen	1.326	1.729.823	1.650.313	477.654	28,9
31.12.2005	Insgesamt	1.328	3.803.403	3.667.262	788.651	21,5
	Männer	1.328	2.117.588	2.061.122	322.123	15,6
	Frauen	1.328	1.685.815	1.606.140	466.528	29,0
31.12.2006	Insgesamt	1.316	3.857.157	3.764.732	806.316	21,4
	Männer	1.316	2.185.339	2.141.668	337.940	15,8
	Frauen	1.316	1.671.818	1.623.064	468.376	28,9
31.12.2007	Insgesamt	1.326	3.878.704	3.811.491	804.786	21,1
	Männer	1.326	2.214.823	2.180.776	337.047	15,5
	Frauen	1.326	1.663.881	1.630.715	467.739	28,7
31.12.2008	Insgesamt	1.352	3.909.249	3.835.295	819.163	21,4
	Männer	1.352	2.235.666	2.196.969	342.221	15,6
	Frauen	1.352	1.673.583	1.638.326	476.943	29,1
31.12.2009	Insgesamt	1.367	3.890.343	3.808.914	811.422	21,3
	Männer	1.367	2.217.911	2.175.339	341.550	15,7
	Frauen	1.367	1.672.432	1.633.575	469.872	28,8
31.12.2010	Insgesamt	1.379	3.974.903	3.913.028	826.123	21,1
	Männer	1.379	2.282.028	2.251.664	355.980	15,8
	Frauen	1.379	1.692.875	1.661.364	470.143	28,3

Erstellungsdatum: 12.03.2012, Statistik Datenzentrum

1) In Anlehnung an die Definition der OECD gilt hier als Geringverdiener, wer als sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigter (ohne Auszubildende) weniger als 2/3 des Medianentgelts aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) erzielt.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333